

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Bienenbain, Planenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Landberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lambersdorf, Limbach, Losen, Mohorn, Müllig-Rotfischen, Münzig, Neufkirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Rotfisch, Rothschönberg mit Perne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Ufersdorf, Weistroy, Wilberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pfg. pro vierzeilige Corpustzeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 96.

Sonnabend, den 15. August 1903.

62. Jahrg.

Auf Blatt 55 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß die Herrn Karl Ewald Peukert ertheilte Procura und die Firma Clemens Kühn erloschen ist.

Wilsdruff, den 13. August 1903.

Königliches Amtsgericht.

Zum Pariser Eisenbahn-Unglück.

Die unglücklichen Opfer der Pariser Eisenbahnkatastrophe sind bekräftigt, an gewaltigen Zuläufen hat es ihnen nicht gefehlt, es sind auch zahlreiche schöne Reden an ihren Gräbern gehalten worden, aber bei der vom Staatsanwalt eingeleiteten Untersuchung wird sicher nicht viel herauskommen. Es sind schon eine Menge Worte gemacht, es werden noch mehr gemacht werden, aber der Schlenkrian der Untergrundbahn wird genau ebenso unbestraft bleiben, wie manches Andere unbestraft geblieben ist. Und dieser Schlenkrian trägt an der Größe des Unglücks ganz entschieden die Schuld, wenn auch der Zufall das Malheur selbst eingeleitet hat. Alle Versuche, einander weis zu machen, werden da nichts nützen. — Daß die Untergrundbahnen eine ziemlich kritische Sache sind, zeigen Betrachtungen von sachmännischer Seite in der Berliner „Post“, die gewiß volles Interesse beanspruchen können. Es heißt da: „Neder die erste direkte Ursache des Unfalls gehen die Meinungen noch auseinander. In Paris glaubt man die Schuld für das Unglück auf Kurzschluss zurückführen zu müssen, die deutschen Fachleute vermuten, daß das zur Umhüllung und zur Isolation der Leitungen verwendete Material bei den Pariser Wagen nicht feuerfester genug war, und machen darauf aufmerksam, daß bei den Berliner Wagen nach dieser Seite hin ausreichende Vorsichtsmaßregeln getroffen seien. Man wird gern annehmen, daß unsere deutsche Industrie, wie schon oftmals, besser gearbeitet hat, als die fremde, aber für absolut ausgeschlossenen können wir trotzdem einen Brand auch der deutschen Wagen nicht halten. Denn dabei kommt es zu oft auf gar nicht übersehbare Kleinigkeiten an. Und ob dann das feuerfeste imprägnirte Holz, aus dem die Fahrerstände hergestellt sind, und der feuerfeste Asbestdächer, mit welchem die Innenwände der Wagen bekleidet sind, schlechter brennen werden, als die Pariser, bei denen man einen Brand gleichfalls für ausgeschlossen gehalten hatte, mag dahingestellt bleiben. Wir haben nach dieser Richtung hin denn doch schon bedeutliche Erfahrungen gemacht und wollen nicht vergessen, daß uns in Bezug das Asbesthaus des General-Feldmarschalls Graf Waldersee verbrannt ist, der Hals über Kopf aus dem Fenster flüchten mußte. ... Es wird nie gelingen, trotz aller Vorsicht solche Unfälle auszuschließen, und viel wichtiger ist darum die Frage, ob ein solcher Betrieb derart eingerichtet ist, daß ein Zwischenfall dieser Art auf seinen Heerd beschränkt bleibt. ... Bei den Kämpfen um den Ausgang begegnen wir hier derselben feigen gallischen Brutalität, wie beim Brande der Oper, wo Männer die schwachen Frauen und Kinder niederschlugen und niedertraten, um nur schnell den Ausgang zu gewinnen, ein trauriges Zerbild der einseitigen französischen, so hochgepriesenen Mitterlichkeit. Es scheint auch bei diesem Brand nicht viel anders zugegangen zu sein, denn es wird ausdrücklich berichtet, daß unter den Verunglückten sich besonders viel Frauen und Kinder befanden. Offenbar sind nach dieser Seite hin, was die schnelle Entleerung der unterirdischen Räume betrifft, die Einrichtungen der Berliner Untergrundbahn der Pariser überlegen, und es ist dieser Punkt daher ruhiger zu betrachten. Hingegen ist der von außenher in die Tunnel fallende Lichtschimmer auch in Berlin völlig unzureichend, und es ist nicht verständlich, wie man dies Licht für ausreichend hat erachten können, mitten im Tunnel wirkt diese Lichtquelle gar nicht und ein Unglück kann sich ebenso gut in der Mitte und nicht bloß am Aus- und Eingang des Tunnels ereignen. Ferner muß die Möglichkeit der Berührung mit der Stromleitung unbedingt beseitigt werden; es muß eine Schutzvorrichtung an dieser Schiene angebracht werden, die ein direktes Berühren derselben verhindert, die Stromabnahme durch einen Spalt aber trotzdem gestattet.“ Wie man aus

diesen sehr ruhigen Darlegungen ersieht, ist die Frage der elektrischen Bahnen überhaupt mit dem Pariser Unglück in ein neues Stadium getreten, es wird von den Ueberwachungs-Behörden manche Vervollkommnung gefordert werden müssen. Es heißt: Durch Schaden wird man klug! Das Geldausgeben dafür mag ganz gewiß weh thun, aber zu vermeiden ist es beim besten Willen nicht.

Politische Rundschau.

Kaiser Wilhelm ist von seiner diesjährigen Nordlandsfahrt, welche auch diesmal ungemein genussreich für den erlauchten Monarchen und ohne irgendwelche störenden Zwischenfälle verlief, wieder nach seiner bevorzugten Sommerresidenz, dem neuen Palais bei Potsdam zurückgekehrt. Am Mittwoch in den ersten Abendstunden erfolgte seine Wiederankunft daselbst, nachdem er auf der Wildpartstation von dem Kronprinzen empfangen worden war. Am Nachmittag zuvor war auch die Kaiserin von ihrem Sommeraufenthalt in Garmisch und den im Anschluß hieran ausgeführten Besuchen im schlesischen und polenischen Ueberschwemmungsgebiete wieder im neuen Palais eingetroffen.

Die Rückkehr des Kaisers von seiner norwegischen Reise wird zweifellos dazu beitragen, den Pulsschlag in den inneren Angelegenheiten des Reiches und Preußens, welcher sich in der sommerlichen Landtagszeit merklich verlangsamt hatte, allmählich wieder zu beschleunigen. Zunächst hat am Donnerstag der längst angekündigte Kronrath stattgefunden, wie die offizielle Bezeichnung einer unter persönlichem Vorsitz des Kaisers und Königs vorschreitenden Sitzung des preussischen Staatsministeriums lautet. Der Kronrath galt der zur Unterstützung der Hochwasserfalamitosen in Schlesien, Posen und Westpreußen, sowie zur Bekämpfung künftiger Hochwassergefahren geplanten Maßnahmen. Vielfach wurden in demselben auch politische Wirkungen vom Kronrath erwartet, namentlich glaubt man, daß er in seinen Folgen zum theilwärtigen Rücktritt des einstweilen beurlaubten Ministers des Innern, Freiherrn von Hammerstein, führen werde. Vermuthlich hat sich der Kronrath auch mit der Frage des Termins für die Neuwahlen zum preussischen Landtage und weiter des Zeitpunkts der Einberufung des neu zu wählenden Parlamentes beschäftigt, zumal da der kommende Landtag seine Zustimmung zur staatlichen Hilfsaktion für die Ueberschwemmten zu geben haben wird.

Die Ursachen der Mehrausgaben im deutschen Reichshaushalt 1904. Bei der noch ungünstigen wirtschaftlichen Lage ist die halbamtliche Ankündigung, daß Erhöhungen im Reichshaushalt in den Ausgaben unvermeidlich geworden sind, eine höchst unerfreuliche Ueberschauung für die Massen der Bundesstaaten und die Steuerzahler gewesen. Glücklicher Weise ist die Mehrausgabe aber nicht sehr groß und betrifft eben Mehrleistungen, die naturgemäß wachsen müssen. Dann kann man auch sicher sein, daß der Reichstag und die Regierung noch mit der größten Sparsamkeit die Mehrausgaben zu ermäßigen suchen werden; trotzdem wird eine Erhöhung der Ausgaben an verschiedenen Stellen des Staats nicht zu vermeiden sein. In erster Linie kommen dabei diejenigen Posten in Betracht, die ihrer Natur nach jedes Jahr eine Steigerung erfahren. Dazu gehört einmal der Reichszuschuß für die Invaliditäts- und Altersversicherung. Allmählich ist diese Staatsposition, die anfänglich klein war, auf nahezu 41 Millionen Mark gestiegen. Sie hat im Durchschnitt Jahressteigerungen von zwischen 3 und 4 Millionen erfahren. Von 1901 auf 1902 betrug die Erhöhung ausnahmsweise über 4 Millionen Mark, von 1902 auf 1903 nahezu 2,7 Millionen. Man wird jedenfalls nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß sie sich auch im nächsten Etat in der Höhe von 3 Millionen Mark bewegen wird. Ein weiterer stetig steigender Posten ist

die Reichsschuld. Von 1901 auf 1902 betrug die Erhöhung 5,4 Millionen Mark, von 1902 auf 1903 etwas über 6 Mill. Mark. Die Reichsschuld dürfte, nachdem sie inzwischen auf die Höhe von 3 Milliarden gelangt ist, weiter steigen. Selbstverständlich wird sich damit die Zinsenlast erhöhen, und sonach ist zu erwarten, daß auch im nächsten Reichshaushaltsetat eine Ausgabensteigerung für die Reichsschuld sich vorfindet. Auch der allgemeine Pensionsfonds hat in den letzten Jahren ständig eine Erhöhung der Ausgaben aufzuweisen gehabt und zwar eben so, wie der Zuschuß der Invaliditäts- und Altersversicherung, um Beiträge zwischen 3 und 4 Millionen Mark. Es ist, wenn auch vielleicht von der künftigen Steigerung nicht die gleiche Höhe inne gehalten wird, schwerlich anzunehmen, daß die Erhöhung für 1904 in Fortfall kommen könnte. Ein anderer Posten, der in den letzten Jahren unter den Ausgaben Erweiterungen aufwies, war der für den Reichsinvalidenfonds. Von 1901 auf 1902 betrug die Erhöhung gar nahezu 16 Millionen Mark, jedoch war sie auf die im Jahre 1901 beschlossene Besserung der Bezüge der Kriegsinvaliden- und Hinterbliebenen zurückzuführen. Die Nachwirkungen davon verursachten für 1903 noch eine Ausgabensteigerung von nahezu 1 1/2 Millionen Mark.

Albert v. Levetzow, der verdiente Präsident des deutschen Reichstages in den Legislaturperioden 1881 bis 1884 und 1888—1895 ist am seinem neunundfünfzigsten Gede Bosow im 70. Lebensjahre gestorben. Albert v. Levetzow, welcher außerdem auch Mitglied des preussischen Staatsrathes, sowie des Herrenhauses, und viele Jahre Landesdirektor der Provinz Brandenburg war, gehörte wegen der Lauterkeit seiner Gesinnung, seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit und verdienstlichen Auftretens im politischen und parlamentarischen Leben geachtet und beliebt. — Der altenburgische Staatsminister von Dellbrück wird noch im laufenden Jahre in den Ruhestand treten; als sein mutmaßlicher Nachfolger gilt Geh. Staatsrath Borris.

In der sozialdemokratischen Partei beginnt man sich immer lebhafter mit der Frage einer Theilnahme der Partei an den kommenden Landtagswahlen zu beschäftigen. Es bekämpfen sich hierbei zwei Strömungen, deren eine für eine kräftige Bethätigung der „Genossen“ an den Landtagswahlen ist, während die andere Strömung ein Eingreifen der Sozialdemokratie in die Landtagswahlbewegung als nutzlos für die Partei verwirft. Letzterer Anschauung scheinen namentlich die älteren sozialistischen Führer zu huldigen. Denn Bebel und Singer z. B. haben die angebotene sozialistische Kandidatur für Breslau abgelehnt. Der „Volkswacht“ zufolge herrscht bei der Leitung der sozialdemokratischen Partei die Ansicht vor, es soll wegen Arbeitsüberlastung möglichst keinem Abgeordneten ein Doppelmandat anvertraut werden; vielmehr wolle man neue Kräfte in den Landtag zu wählen suchen.

Die Tschekisirung der Beamten in Deutschböhmen wird trotz aller Klagen und Beschwerden der Deutschen von der Landesregierung systematisch weiter betrieben. Kürzlich mußte das Stadtverordneten-Kollegium der rein deutschen Stadt Karlsbad sich eingehend mit diesen Verhältnissen beschäftigen und in aller Form Protest gegen die tschekisirende Arbeit der Regierung einlegen. Darnach sind beim Postamt in Karlsbad, welches hier in erster Linie in Betracht kommt, nicht weniger als 61 tschekische Beamte eingestellt. Im Steueramt sitzen neun Tscheken und auch im Zollamt sind sie bereits untergebracht. Und das in einer Stadt, wo es außer diesen Beamten überhaupt keine Tscheken giebt. Den tschekischen Zeitungen sind das freilich viel zu wenig tschekische Beamte, sie meinen, es müßten noch viel mehr sein.

In der neuen ungarischen Cabinetkrisis ist noch nichts entschieden; der bisherige Ministerpräsident Graf